

schattete Nahostreise Pimens scheint uns verfrüht. Es ist auch kaum zu erwarten, daß im Journal des Moskauer Patriarchats außer einer eingehenden Chronik mehr berichtet wird als dies, daß die Reise der Vertiefung der Freundschaft zwischen den orthodoxen Schwesterkirchen und dem Frieden in der Welt gedient habe. Sicher hat Pimen versucht, den Einfluß Moskaus auf die Patriarchate des Ostens, besonders im Hinblick auf die zukünftige Panorthodoxe Synode, zu stärken, und da, abgesehen von Patriarch Benedikt, die Patriarchen erst vor kurzer Zeit ihr Amt angetreten haben, könnte ihm Erfolg beschieden sein. So gesehen, mußte ihm vielleicht die Verweigerung des Visums für Konstantinopel gar nicht so ungelegen kommen. Ob es ihm auch gelungen ist, die Patriarchen für die Anerkennung der Orthodoxen Kir-

che in Amerika zu gewinnen, ist fraglich. Vom Ökumenischen Patriarchat jedenfalls ist dies kaum zu erwarten, denn die Bildung einer selbständigen, einheitlichen Orthodoxen Kirche in Amerika würde das Ökumenische Patriarchat nicht nur seiner bitter nötigen Einnahmequellen berauben, sondern auch seine Möglichkeiten, auf die Gesamtorthodoxie Einfluß zu nehmen, stark beschneiden. Die Rückgabe der palästinensischen Kirchengüter an das Moskauer Patriarchat dagegen könnte nur stattfinden, wenn es Pimen gelänge, die sowjetische Regierung für eine Änderung ihres Kurses gegenüber den Juden in der Sowjetunion zu erwirken. Ob Israel den dafür geforderten Preis zahlen würde, ist freilich ebenfalls fraglich angesichts der guten Beziehungen, die die amerikanische Auslandskirche zum State Departement unterhält.

Stammesfehden in Burundi führten zum Massenmord

Was sich seit dem 29. April in dem kleinen ostafrikanischen Staat Burundi getan hat und sich auch heute noch abspielt, wird man vermutlich nie in Einzelheiten und mit absoluter Sicherheit erfahren. Wahrscheinlich muß man davon ausgehen, daß ca. 100 000 Menschen auf brutale Weise ermordet worden sind. Selbst die lange Vorgeschichte dieses ungezügelter Ausbruchs der Gewalt kann nur teilweise zur Klärung des Geschehens beitragen. Die vorliegenden Schilderungen über die Tötung von Frauen und Kindern, von der Ausrottung fast der gesamten Intelligenz des den größten Bevölkerungsteil stellenden Stammes der Bahutus (Hutus), der fortgesetzten Verschleppung von Schülern, Studenten und Beamten, der Brandschatzung und des Verscharrrens der Leichen in Massengräbern oder am Strand des Tanganjika-Sees, drängen die Frage nach den Gründen, nach den Verantwortlichen und nach getroffenen Maßnahmen zur Beendigung des Massakers auf.

Die Herrschaft der Watussi

Angelpunkt für die Beurteilung der Vorgänge ist der seit mehr als fünfhundert Jahren zu verzeichnende Zustand, daß im Gebiet des heutigen Burundi die aus dem Norden stam-

menden Watussi (Tutsi) die Vorherrschaft über die zu den Bantu zählenden Bahutus ausüben. Obwohl die baumlangen „Herren der Nilquellen“ der äthiopiden Rasse heute nur ca. 15 % der Bevölkerung des Landes stellen, betrachten sie sich weiterhin als das „Herrenvolk“ und halten alle wichtigen Positionen inne. Diese Angehörigen der hamitischen Völkergemeinschaft gründeten eine absolute Monarchie, in der der König (Mwami) nicht nur Herr über Grund und Boden, Mensch und Vieh war, sondern auch die Funktionen eines obersten Richters und Priesters ausübte. Das Königtum und damit die Vorherrschaft der Watussi blieb auch in der Zeit deutscher Kolonialherrschaft von 1892 bis 1918 und während der anschließenden belgischen Mandatsverwaltung erhalten. In einem an „Le Monde“ gerichteten Schreiben der Botschaft Burundis in Paris, in dem die angeblich völlig falsche Berichterstattung der europäischen Presse über die Vorgänge im Lande kritisiert wird, findet sich auch der Hinweis, daß die Kolonialmächte und ganz besonders der Klerus, die schließlich das gesamte Ausbildungswesen in der Hand gehabt hätten, systematisch Bahutus den Weg zu höherer Bildung versperrten (Le Monde, 3. 6. 1972). Im nördlichen Nachbarstaat Ruanda be-

freiten sich die Bahutus bereits 1959 von der Minderheitenherrschaft. Bei der Unabhängigkeit im Jahre 1962 hatten deshalb in Ruanda die Bahutus und in Burundi weiterhin die Watussi das Zepter in der Hand.

Undurchsichtige Manipulationen Micomberos

Auch ein späterer Aufstand in Ruanda wurde von den Bahutus niedergeschlagen. Auch damals fanden Zehntausende den Tod, ca. 100 000 Watussi flohen nach Burundi, in den Kongo oder nach Tansania. Seither fürchteten die Watussi mehr als zuvor, daß sie auch in Burundi von der Mehrheit der Bahutus (ca. 85 %) verjagt werden könnten.

Den jungen Staat Burundi begleitet seit 1962 eine Kette von Putschen, Morden und Machtkämpfen. Einer der kleinsten, schönsten und dichtbesiedeltesten Staaten Afrikas scheint sich auch zu dem blutigsten zu entwickeln. Bis 1966 regierte ein König, der zum Watussi-Stamm gehörte. Sein eigener Sohn setzte ihn ab und regierte ca. drei Monate als damals Neunzehnjähriger. Sein Ministerpräsident, der heute 32jährige Staatspräsident *M. Micombero*, nutzte die Unerfahrenheit des jungen Regenten, um ihn sehr bald zu stürzen und sich selbst die oberste Regierungsgewalt (ohne Verfassung und Parlament) anzueignen. Der Exkönig *Ntare V.* ging nach Deutschland und Belgien ins Exil. Aus bisher nicht eindeutig geklärten Gründen setzte sich der Außenminister Burundis, *M. A. Shimbaniye*, bei Verhandlungen mit Präsident *I. Amin* von Uganda, der Verbindungen zum Exkönig hatte, zu Beginn dieses Jahres für dessen Rückkehr ein. In einem Brief von Präsident Micombero wurde schriftlich versichert, daß dem König nichts geschehe und daß er als gewöhnlicher Bürger ohne politische Ambitionen zurückkehren könne. Vermutlich wollte die Regierung somit der Gefahr entgehen, daß der Exkönig sich mit Söldnern und anderen afrikanischen Regierungen in Verbindung setzte, um mit ihrer Hilfe die Regierung zu stürzen. Aufgrund des Versprechens der Regierung kehrte der König am 30. März in sein Heimatland zurück, doch wurde er vom Flugplatz aus sofort in seinen ehemaligen Palast in Kitega gebracht und unter Hausarrest gestellt. Offiziell wird die Rückkehr des Königs als sein Versuch hinge-

stellt, mit Hilfe weißer Söldner wieder an die Macht zu kommen. Ganz offensichtlich war Uganda getäuscht worden. Nach Recherchen von „Jeune Afrique“ (17. 6. 1972) fand einen Monat später, am 28. April, eine außerordentliche Sitzung des Ministerrats im Palast des Präsidenten statt, um über das zukünftige Schicksal des Königs zu beraten. Aus offensichtlichen Befürchtungen des Präsidenten, die Entscheidung darüber könne ihm entgleiten, entschloß er sich am nächsten Morgen, die Regierung und die obersten Parteifunktionäre geschlossen zu entlassen.

Noch am gleichen Abend aber wurde der König getötet. Darüber gibt es die unterschiedlichsten Versionen. Denn genau an diesem Abend brechen in verschiedenen Teilen des Landes Unruhen aus, d. h. bewaffnete Gruppen von Bahutus drangen in die Ortschaften ein und töteten, was ihnen begegnete. Anscheinend wußte der Präsident zu diesem Zeitpunkt noch nichts von der Ermordung des Königs. So konstruierte er zunächst die Erklärung, es handle sich um die gewaltsame Machtergreifung von Königstreuen.

Die Rache an den Rebellen

So augenscheinlich die Zusammenhänge auch sein mögen, so deutet nach näheren Untersuchungen doch alles darauf hin, daß es sich um eine zufällige Übereinstimmung von Daten handelt. Der Aufstand, der besonders im Süden des Landes tobte, war sicherlich von langer Hand vorbereitet. Mit seiner Hilfe wollten die Bahutu-Rebellen einen weiteren Versuch unternehmen, gegen die Watussi-Herrschaft vorzugehen. Wahrscheinlich hatten sie zu diesem Zweck auch Verbindung mit einigen Söldnern sowie „Simba“-Rebellen des einstigen kongolesischen Rebellenführers *P. Mulele*. Laut „Observer“ (11. 6. 72) sollen sie ca. 14 Tage lang die „Volksrepublik von Martyazo“ mit einer rot-grünen Flagge proklamiert haben. Die Unterstützung seitens des größten Teils der Bahutu-Bevölkerung blieb aber anscheinend mangels ausreichender Unterrichtung und Führung aus. Das Vorrücken in die Hauptstadt Bujumbura wurde durch ungeschicktes Taktieren vereitelt.

Alle Augenzeugen sind sich einig, daß eine schwer abzuschätzende Zahl von Massenmorden auf das Konto der

Rebellen geht, daß aber die Aktionen der Rebellen von den Vergeltungsmaßnahmen der Watussi noch weit übertroffen wurden. Durch Rundfunk wurde die Bevölkerung von Regierungsseite aufgefordert, alle „Feinde des Volkes“ zu vernichten. Die militärische Niederschlagung des Aufstandes wurde ausgedehnt zu einer Jagd auf die Bahutus im ganzen Lande. Sie traf auch diejenigen Stammesangehörigen, die nicht im geringsten mit dem Aufstand zu tun hatten. Die Parteilugend der Einheitspartei UPRONA scheint sich besonders bei der Liquidierung von Angehörigen unter den Gebildeten der Bahutus hervorgetan zu haben. Ganze Schulklassen wurden durch sie von Bahutus „gesäubert“. Das Militär ging dabei teilweise anhand von Namenslisten vor.

Beim ersten Bekanntwerden der Massaker im Ausland stellte die Regierung noch alles in Abrede. Dann wurde behauptet, die gesamte Watussi-Intelligenz habe von den Bahutus vernichtet werden sollen. Andererseits sprach man hartnäckig nur von einem „begrenzten Konflikt“. Daß es sich um mehr handelte, wurde überdeutlich, als die Bevölkerung durch den Rundfunk aufgefordert wurde, bei der Beerdigung der Toten mitzuhelfen. Schließlich folgte das Eingeständnis, es habe „höchstens 50 000 Tote“ gegeben.

Die Kirche ist zutiefst betroffen

Die katholische Kirche ist von den Vorgängen zutiefst berührt. Nicht nur, daß ca. 12 Bahutu-Priester getötet wurden und zwei Bahutu-Brüder als vermißt gelten. Der Konflikt zwischen den Stämmen berührt die Kirche direkt. Immerhin bekennen sich mehr als 65 % der Bevölkerung zum katholischen Glauben (neben 5 % Protestanten, 5 % Mohammedanern und ca. 25 % Animisten). Schon im Oktober 1969 hatte der Erzbischof von Kitega, *A. Makarakiza*, auf die Gefahr des Rassismus im Lande aufmerksam gemacht und davor gewarnt: „Rassenhaß zwischen Bahutus und Watussi. Zwei Stämme machen sich die Führung in einer Art sozialer Angst streitig. Der Dialog zwischen den beiden Stämmen wird immer unmöglicher. Daraus resultieren versuchte Staatsstriche, häufige Verschwörungen, Menschenverluste, Kompetenzverluste, ein Klima des

Mißtrauens und des Hasses, was den Fortschritt unseres Vaterlandes verhindert.“

Gemeinsam sprachen sich die fünf Bischöfe des Landes dann noch einmal im November 1971 im gleichen Sinne aus und warnten vor schweren Verwicklungen, wenn nicht mehr gleichberechtigte Mitbeteiligung aller Bevölkerungsgruppen und größere soziale Gerechtigkeit gewährt würden. Die meisten Bischöfe und der Klerus zählen übrigens zu den Watussi, während das Kirchengvolk zum größeren Teil aus Bahutus besteht. Diese sind überzeugt, daß sie sich in der Praxis bei der Durchsetzung ihrer Belange eher auf die ausländischen Missionare als auf die eigenen, dem anderen Stamm angehörenden Bischöfe verlassen können.

Noch vor Beginn der Massaker war die katholische Kirche in eine Auseinandersetzung mit staatlichen Stellen verwickelt. Die Ausgabe der kirchlichen Zeitung „Ndongozzi“ vom 15. April wurde eingezogen und verboten, weil sie neben der offiziellen Darstellung der burundischen Regierung zu den Vorgängen um die Rückkehr des Königs auch die Wiedergabe des Wortlauts des Versprechungsbriefes von Präsident Micombero an Präsident Amin mit der Frage „Wer lügt nun?“ enthielt. Diese Frage war für die Regierung um so peinlicher, als sie ohnehin schon vom Ausland wegen ihrer Darstellung angegriffen wurde. Die von Missionaren in Kirundi, einer der beiden Landessprachen, herausgegebene Zeitschrift wurde durch den Informationsminister verboten. Deshalb ist es bisher nicht möglich gewesen, etwas über die Motive der Redaktion für die Veröffentlichung zu erfahren. Da Erzbischof *M. Ntuyahaga* von Bujumbura ein Watussi aus der königlichen Familie ist, wäre es nicht ausgeschlossen, daß er die Publizierung gefördert hat.

Die Stellungnahmen der Hierarchie änderten sich im Verlauf der Ereignisse seit dem 29. April. Erzbischof Ntuyahaga, dem nachgesagt wird, er unterstütze ein Fortbestehen der Watussi-Herrschaft, protestierte am 7. Mai von der Kanzel gegen die Rebellen und ihr Morden. Der Erzbischof von Kitega, *A. Makarakiza*, ließ am 10. Mai einen Brief an die Christen seiner Diözese veröffentlichen (Wortlaut in DIA, 12. 6. 1972), aus dem klar hervorgeht, daß er als

einzigste Quelle die offiziellen Regierungsverlautbarungen benutzt: „Die Bischöfe Burundis hatten noch keine Gelegenheit, sich zu versammeln, um eine gemeinsame Botschaft zu verfassen. Die Ereignisse haben uns alle überrascht. Wir haben erfahren, daß die Feinde des Landes, aus dem Ausland hereingekommen, zur gleichen Zeit in Rumonge, Bujumbura, Kitega, Gitwenge und an anderen Stellen des Landes angegriffen haben... Diese Feinde haben nicht nur Menschen getötet, die in der Lage waren, sich zu wehren, sondern sie haben auch Frauen und Kinder ermordet... Die, die nicht tot waren, wurden verstümmelt, ohne daß sie einen anderen Fehler hatten als den, zu einer anderen Rasse zu gehören.“ Er lobte den Einsatz der Armee unter Führung des Staatschefs, denen es gelungen sei, die Feinde zu schlagen. Zugleich mahnte er die Bevölkerung, die Feinde nicht selbst zu ergreifen und zu töten, sondern sie „der Autorität auszuliefern, die selbst richten werde“.

Vierzehn Tage später, am 24. Mai, wurde ein *gemeinsamer Hirtenbrief* aller fünf Bischöfe Burundis verlesen. Inzwischen war die Rebellion niedergeschlagen und hatte die grausame Rache gegen alle Bahutus begonnen. „Die Schande unseres Burundi“, schrieben die Bischöfe, „ist die Schande aller Getauften. Das Übel, das unsere heidnischen Vorfahren nicht kannten, ist unter den Getauften ausgebrochen...“ Sie riefen alle auf, sich gegenseitig zu verzeihen, die Ra-

che nicht fortzusetzen und sich zu helfen. „Wir bitten die zuständigen Stellen dringend, die Ordnung in wahrer Gerechtigkeit wiederherzustellen“ (nach: La Croix, 4. 6. 72).

Die Anfang Juni in Tansania verbreitete Meldung (DIA, 8. 6. 72), wonach der einzige Bahutu-Bischof, *St. Kaburungu* von Ngozi, unter Hausarrest gestellt und der ebenfalls zum Bahutu-Stamm gehörende anglikanische Bischof *J. Nkunzumwani* ermordet worden sein soll, erwies sich glücklicherweise als Falschmeldung (DIA, 20. 6. 72).

Der Apostolische Nuntius von Ruanda und Burundi, *W. A. Carew*, unterbrach sofort nach Bekanntwerden der Ereignisse seinen Urlaub in Kanada und kehrte nach Burundi zurück. Mit dem gleichen Flugzeug traf in der burundischen Hauptstadt Msgr. *L. Kada*, ein Mitarbeiter des päpstlichen Rates „*Cor Unum*“, als Sonderbeauftragter des Papstes zur Einleitung von Hilfsmaßnahmen ein. Er wurde am 28. Mai vom Generaldirektor des Außenministeriums, *M. Bwakira*, und drei Tage später vom Präsidenten empfangen, der ihm gegenüber sogar von 120 000 Opfern sprach (Radio Vatikan, 20. 6. 1972).

Völkermord, aber Episode

Papst Paul VI. hatte beim Sonntags-Angelus am 28. Mai einen eindringlichen Appell an die Verantwortlichen gerichtet, Gerechtigkeit und Ordnung in Burundi wiederherzustellen, „einem Land, das auf einem so verhei-

lungsvollen Weg der Entwicklung gewesen sei“ (Zit. nach: Osservatore Romano, 29. 5. 72). Ansonsten blieben internationale Reaktionen so gut wie aus. Lediglich die frühere belgische Schutzmacht sprach von „Völkermord“, zog ihren Botschafter zurück und drohte mit einer Revision der Wirtschaftshilfe.

„Die UNO sandte eine Kommission mit dem umwerfend umfassenden Auftrag, zu prüfen, ob die Meldung stimmt, daß zum Abtransport der Leichen UNICEF-Autos benutzt wurden“ (Ruhrwort, 10. 6. 72).

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) entzog sich ebenso wie die UN jeglicher Behandlung des Themas mit dem fragwürdigen Grundsatz der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“. So blieb das „größte afrikanische Massaker seit der Kongo-Revolution“ (Sunday Telegraph) weltpolitisch eine untergeordnete Episode.

Die einflußreiche nordafrikanisch-arabische Zeitschrift „*Jeune Afrique*“, ein in Paris herausgegebenes Wochenmagazin, hatte noch am 10. Juni den Eindruck zu erwecken versucht, daß es sich um ein Vorkommnis handle, das von „religiösen Persönlichkeiten in unangemessener Weise zum ‚Völkermord an den Bahutus‘ ausgeweitet worden sei, wie sie es erst unlängst mit dem ‚Völkermord an den Ibos in Biafra‘ praktiziert hätten“. Eine Woche später mußte die Redaktion zugeben, daß man es wohl doch mit mehr als nur „einseitigen kirchlichen Darstellungen“ zu tun habe.

Vorgänge und Entwicklungen

Konziliares Experiment oder „Dritte Konfession“?

Bilanz der Ökumene am Ort

Seit Jahren, insbesondere seit den Vorbereitungen für das ökumenische Pfingsttreffen 1971, ist die Ökumene am Ort stärker im Gespräch als die zwischenkirchliche Zusammenarbeit kirchenamtlicher Stellen. Doch fehlt es über die unmittelbar beteiligten Gruppen hinaus weitgehend an Überblick und Information über die diese Ökumene tragenden Gruppen, Aktivitäten und Ziele. Wir haben deshalb Dr. R. Boeckler, Mitarbeiter der Ökumenischen Centrale in Frankfurt, um eine erste Bilanz gebeten. Sein Beitrag ergänzt im Blick auf die Gemeinden das Gespräch, das wir aus Anlaß des ersten Jahrestages des Augsburger Pfingsttreffens mit dem früheren Präsidenten des ZdK führten (vgl. ds. Heft, S. 333 ff.).

Die Stimmung erscheint trotz oder gerade wegen der Krisenzeichen in der Gesamtökumene günstig. Pfarrer, Gemeindeglieder, der Mann auf der Straße — sie alle plädieren für eine Zusammenarbeit der Kirchen: in einer Zeit, wo Frieden zu den großen politischen und sozialen Aufgaben zählt, sollten die Kirchen mit dem Beispiel der Versöhnung vorangehen! Vor allem junge Christen — Schüler und Studenten — haben keinen Sinn für konfessionelle Gegensätze, Unterscheidungslehren und -probleme; für einen gemeinsamen Beitrag der Kirchen zu den Fragen der Welt ließen sie sich gewinnen. Seitdem das Zweite Vatikanische Konzil den Weg zur kirchlichen Zusammenarbeit geöffnet hat, ist Ökumene am Ort ein zentra-